

ischer Frauenbund
igverein Bocholt.
ag, dem 27. Januar, findet
im Arbeiterheim St. Paulus
meine große
berverlammlung
statt.
Herrn Kaplan Einig
zum Einleitungs werden
nen.
im Besuch ladet ein 1251
Der Vorstand.
der Kinderreichen
ppe Bocholt i. W.

g, dem 8. Februar, nach
im Arbeiterheim St. Paulus
Versammlung
nung sehr wichtig.
mmung pünktlich 8 1/2 Uhr.
Ergebnisse erwartet 1408
Der Vorstand.

Restaurant
ahreszellen
Heute (Sonntag)
NIZERT
mit
EINLAGEN
uskünfte
ichungen der Presse

inschlägigen Gebie-
Internationale Politik,
er u. Gemeinden, Par-
Rechtsprechung, Kultur-
Bewegung, Handwerk
Bodenpolitik, Finanz-
Verkehrswesen, Zoll-
Sozialpolitik, Versiche-
en usw. erteilt das
il-Archiv für
u. Wirtschaft
n. Ludwigstr. 17a
13 430 (5601)

funkhörer
rlich wissen: Das aus-
rundfunk-Programm der
weiteren Interessenten
halten finden Sie in der
den Funkzeitschrift
e Rundfunk
alllich RM 2.—. Eine
Berlin N 24 genügt
nlos ein Probeheft

Legen
Brauereibier
h Brauer für Bocholt
ft.
er einigermaßen Festigung
lage zur Nacht oder zum
Angabe der Vermögens-
bisherigen Beschäftigung
995 an die Geschäftsstelle

WERBE
DRUCKE
In ein- und
mehrfarbiger
Ausführung
preiswert
und schnell
Bachstraße
L. & A. T. M. 23, Bocholt i. W.
Telefon 14. Tel. 3024

Mädchen
von einem stilligen
Landwirt gesucht.
Adressen erheben an
Joh. Heinrichs, Buch-
druckerei, Mülheim.

WERBE
DRUCKE
In ein- und
mehrfarbiger
Ausführung
preiswert
und schnell
Bachstraße
L. & A. T. M. 23, Bocholt i. W.
Telefon 14. Tel. 3024

Mädchen
von einem stilligen
Landwirt gesucht.
Adressen erheben an
Joh. Heinrichs, Buch-
druckerei, Mülheim.

WERBE
DRUCKE
In ein- und
mehrfarbiger
Ausführung
preiswert
und schnell
Bachstraße
L. & A. T. M. 23, Bocholt i. W.
Telefon 14. Tel. 3024

Mädchen
von einem stilligen
Landwirt gesucht.
Adressen erheben an
Joh. Heinrichs, Buch-
druckerei, Mülheim.

WERBE
DRUCKE
In ein- und
mehrfarbiger
Ausführung
preiswert
und schnell
Bachstraße
L. & A. T. M. 23, Bocholt i. W.
Telefon 14. Tel. 3024

Mädchen
von einem stilligen
Landwirt gesucht.
Adressen erheben an
Joh. Heinrichs, Buch-
druckerei, Mülheim.

WERBE
DRUCKE
In ein- und
mehrfarbiger
Ausführung
preiswert
und schnell
Bachstraße
L. & A. T. M. 23, Bocholt i. W.
Telefon 14. Tel. 3024

Mädchen
von einem stilligen
Landwirt gesucht.
Adressen erheben an
Joh. Heinrichs, Buch-
druckerei, Mülheim.

WERBE
DRUCKE
In ein- und
mehrfarbiger
Ausführung
preiswert
und schnell
Bachstraße
L. & A. T. M. 23, Bocholt i. W.
Telefon 14. Tel. 3024

Bocholter Volksblatt
Bogenpreis: 2,50 M. monatlich.

Beiblatt des
Städtischen Bocholt
Kunstlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeistern
und Räten
des Kreises Bocholt.
Dagen
der Zeitungspartei

Bocholter-Bochener

Volksblatt

Bocholter-Bochener Zeitung

Seit 1870
Bocholt, Real-
schule 14. Fernspr.
Sammler. 3054.
Hrsg.: J. Heinrichs.
Verlag: W. Welling.
Verth: Th. Pörsch.
Verlagsort:
Bocholt 1.

Nummer 26

Montag, den 26. Januar 1931

Jahrgang 1931

Polen in Genf zum Nachgeben gezwungen.

Die Berechtigung der deutschen Beschwerden über die Vorgänge in Ostoberschlesien anerkannt.

Polnischer Rechenschaftsbericht bis Mai gefordert.

Genf, 24. Januar.

Die Beratungen der vier Ratsmitglieder mit den Juristen der betreffenden vier Völkerbundsdelegationen über die deutschen Beschwerden wurden heute nachmittags abgeschlossen. Polen hat die deutschen Forderungen in den wesentlichen Punkten angenommen. Reichsaußenminister Dr. Curtius hat erwidert, daß der Rat eine Verletzung der Genfer Konvention feststellt, für Polen die Verpflichtung auspricht, die Wiederholung ähnlicher Gewaltakte für die Zukunft zu verhindern, und ihm den Auftrag erteilt, über die Durchführung der Straf- und Wiederherstellungsmassnahmen sowie über die Verrückung des Regimes in Ostoberschlesien im Mai Bericht zu erstatten.

Da die Juristen mit der Vervollständigung des endgültigen Textes noch beschäftigt waren, behandelte der Rat zu Beginn seiner entscheidenden Sitzung, während die zahlreichen anwesenden Beobachter mit Spannung auf die Beratung der ostoberschlesischen Frage warteten, einen neuen Bericht über Ostpolen und die letzte Sitzung des Zentralbüros zur Bekämpfung des Opiumschmuggels. Dann nahm der Rat den Bericht des für die deutschen Minderheitsbeschwerden als Berichterstatter zuständigen japanischen Ratsmitgliedes Yoshizawa entgegen. Die entscheidenden Stellen lauten:

Was die Angriffe gegen Personen und Eigentum, denen die Bewohner Ostoberschlesiens ausgesetzt sind, angeht, so hat niemand behauptet, daß es in dieser Art, wie sie in den Beschwerden aufgeführt sind, vorgekommen ist und daß diese Vorgänge derartig schwerwiegend sind, daß man in zahlreichen Fällen von einer Verletzung der Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention sprechen muß. Das sind Tatsachen, die der Rat feststellen muß. Wie der Vertreter Deutschlands vor dem Rat gesagt hat, ist entscheidend die Haltung der Behörden. Hier ist zu unterscheiden zwischen direkten und indirekten Verantwortlichkeiten. Die polnische Regierung hat mitgeteilt, daß die vom Deutschen Volksbund erwählten Fälle Gegenstand einer genauen Untersuchung seien. Der Rat wünscht aber, daß die polnische Regierung vor der nächsten Ratsitzung im Mai ein ausführliches und detailliertes Exposé der Ergebnisse der von ihr vorgenommenen Untersuchungen einreicht, und zwar soll sich dieser Bericht der polnischen Regierung auch auf die Vergeltungs- und Schadenersatzmassnahmen erstrecken, die im Laufe dieser Untersuchungen von ihr unternommen wurden.

Was die indirekten Verantwortlichkeiten angeht, so ist es von großer Bedeutung, daß im Interesse der Ruhe und des Friedens in solchen Gebieten wie Ostoberschlesien alles vermieden wird, was auf direkte oder indirekte Weise dazu beitragen könnte, die Gemüter zu erhitzen und die Leidenschaften zu erregen. Es sei festzuhalten, daß die polnische Regierung, die sich aus der polnischen Regierung vor der nächsten Ratsitzung im Mai ein ausführliches und detailliertes Exposé der Ergebnisse der von ihr vorgenommenen Untersuchungen einreicht, und zwar soll sich dieser Bericht der polnischen Regierung auch auf die Vergeltungs- und Schadenersatzmassnahmen erstrecken, die im Laufe dieser Untersuchungen von ihr unternommen wurden.

Aus den Schriftstücken, die dem Räte vorgelegt worden sind, und aus den Debatten vor dem Rat habe man den Eindruck erhalten, daß der Aufständische Verband von einem Welt erfüllt ist, der nicht geeignet ist, die Annäherung zwischen den beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern. Es gehe nicht an, daß eine solche Organisation eine bevorzugte Stellung einnehme, die sich zum Schaden der Minderheiten auswirke. Die polnische Regierung müsse die notwendigen Massnahmen ergreifen, um die Beziehungen und solchen Organisationen, die eine politische Tätigkeit ausüben, zu lösen. Es sei in jedem Fall unerlässlich, daß man der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien in dieser Hinsicht Vertrauen einflösse. Dieses Vertrauen sei unglücklicherweise tief erschüttert worden. Ohne dieses Vertrauen sei eine Zusammenarbeit zwischen der Minderheit und dem Staat nicht möglich. Der Bericht schließt mit der Erklärung, daß der Rat wünsche, vor seiner nächsten Tagung im Mai von den Entscheidungsgremien Kenntnis zu nehmen, die die polnische Regierung auch in diesem Punkte getroffen habe.

Die Erzielung des Berichts nahm nur kurze Zeit in Anspruch, eine Aussprache erfolgte nicht mehr.

Der Ratvorsitzende Henderson richtete nach der Annahme des Berichts noch einige Worte an die Ratsmitglieder. Er sprach seinen Dank an den Berichterstatter aus, der eine Lösung für die so schwierige Frage gefunden habe. England habe stets ein großes Interesse an diesem Problem gehabt, und es sei über die Lösung sehr befreit. Die Minderheitenfrage sei eine Frage, die die ganze Welt angehe. Daraus ergebe sich die internationale Bedeutung dieser Frage. Es sei ein Völkerbundsproblem, an dessen Lösung alle Mitglieder verpflichtet seien sich zu beteiligen. Wenn dieses System fehlschläge, so seien die Folgen nicht abzusehen. Alles müsse für

eine Dauerregelung dieses Problems getan werden. Zum Schluß richtete Henderson einen Appell an die Minderheiten, auch das Ihrige zu tun und in ihrem eigenen Interesse mit ihren Regierungen zusammenzuarbeiten. Daß eine Lösung möglich sei, bewies das Beispiel der Schweiz. Er läßt in der jetzt getroffenen Lösung den Anfang für eine Dauerregelung des Minderheitenproblems in Ostoberschlesien.

Der Berichterstatter Yoshizawa richtete zum Schluß einige Dankesworte an die Vertreter Deutschlands und Polens, die durch ihre Haltung ihm seine Aufgabe wesentlich erleichtert hätten.

Während der Beratung der zahlreichen Berichte gingen in den Wandelgängen des Völkerbundeshauses dramatische Auseinandersetzungen mit dem Wohnwagen von Ostoberschlesien, Grazynski, in der Angelegenheit des Fürken Ples vor sich. Man verlangte von Grazynski, dessen Tage als Wohnwagen möglicherweise in der Pfandungs- und Steuerstrafverfahren gegen den Fürken Ples aufhebe. Grazynski, der sich seiner Umgebung gegenüber wütend beklagte, daß ihn die polnische Regierung bei der Regelung der ostoberschlesischen Angelegenheiten habe fallen lassen, schied nach einem Nachgeben für angezeigt zu halten. Er nahm schließlich für die polnische Regierung die Verpflichtung auf sich, daß bis zum Juli keine Zwangsmassnahmen gegen den Fürken Ples ergriffen würden. Der Fall Ples ist mit dieser Entscheidung automatisch auf die Ratsitzung verzögert.

Es stand außerdem noch eine Reihe von kleineren Petitionen der Minderheit in Ostoberschlesien auf der Tagesordnung. Der Rat beschloß über die Zulassung von 60 Kindern zur deutschen Minderheitschule ein Gutachten des Haager Gerichtshofes einzufordern. Es handelt sich hier um eine Frage, die schon seit langem den Rat beschäftigt hat.

Die Memelfrage vertagt.

Genf, 24. Januar.

Von den Punkten, die außer der ostoberschlesischen Frage noch auf der Tagesordnung der heutigen Ratsitzung standen, verdient besonders erwähnt zu werden die Memel-

frage, die der deutschen Regierung, die in ihrem ersten Teil auf der letzten Tagung im September in einer dicken Form vorgetragen wurde, die Memel-Landesbefreiung der Restpunkte dieser Befreiung zur Behandlung. Es entwickelte sich eine längere Debatte, in die wiederum der litauische Außenminister Dr. Curtius, der litauische Außenminister Jaunius, der Berichterstatter Henderson eintrifft. Der litauische Außenminister Jaunius betritt nochmals die Rechtmäßigkeit der deutschen Beschwerde, obwohl der Rat in seiner letzten Sitzung einwandfrei diese formale Frage im Sinne der deutschen Auffassung entschieden hatte. Dr. Curtius trat dem litauischen Außenminister in diesem Punkte scharf entgegen und erklärte, er lehne es ab, sich mit Jaunius vor dem Räte über diese Frage auseinanderzusetzen. Der litauische Außenminister machte jedoch den Versuch, in einer längeren Ausführung den materiellen Teil der deutschen Beschwerde anzugehen. Er widersetzte sich hartnäckig dem Vorschlag des Berichterstatters Henderson, der von Dr. Curtius unterstützt wurde, die juristischen Streitfragen durch ein Gutachten des Haager Gerichtshofes klären zu lassen, mit der Begründung, die litauische Regierung sei nicht in der Lage, sich in einer Streitfrage mit einer seiner „Provinzen“ in den Haager Gerichtshof zu wenden. Die Litauische Litauische Vertreter gingen darauf aus zu erreichen, daß die ganze Beschwerde der Zukunft der Ratsitzung entzogen würde. Er konnte dies aber nicht durchsetzen, denn es wurde ein Vorschlag des Ratspräsidenten angenommen, die Frage nochmals auf die Tagesordnung der Ratsitzung zu setzen. Mit diesem Vorschlag konnte sich Dr. Curtius ohne weiteres einverstanden erklären, da auf diese Weise die Minderheiten der Memel-Länder in der Lage sein würden, die Beschwerde der Memel-Länder gründlicher zur Erörterung zu stellen, als es auf der jetzigen Ratsitzung, die vollkommen von der ostoberschlesischen Frage überschattet wurde, möglich war.

(Siehe auch zweite Seite.)

Der Reichskanzler vor den christlichen Gewerkschaften.

„Unbeirrt weiter auf dem Wege des soliden Aufbaus“.

Köln, 25. Januar.

Reichskanzler Dr. Brüning traf Sonntag früh auf dem Hauptbahnhof in Köln ein. Zu seinem Empfang hatten sich Regierungspräsident Elgen, Landesfinanzamtspräsident von Brand, Polizeipräsident Baunert sowie die Führer der christlichen Gewerkschaften eingefunden. Der Reichskanzler wohnte zunächst dem Gottesdienste in der Kirche St. Agnes bei und begab sich dann mit dem Landesfinanzamtspräsidenten in dessen Wohnung.

Anschließend nahm der Reichskanzler an der großen Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in der großen Messhalle teil. Er sprach hier über „Politische und wirtschaftliche Aufgaben des deutschen Volkes und seiner Arbeiterklasse“.

In seinen Ausführungen gab der Kanzler einen Überblick über die Bemühungen der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Die Schicksale des deutschen Volkes seien gekommen, und das deutsche Volk liege in einem Kampf um die Wahrheit. Nicht alle Pläne der jetzigen Reichsregierung dürfe man der Öffentlichkeit bekanntgeben, da dann sofort die theoretische Diskussion einsetze und den Weg, der in einem klaren Plan für ein Jahrzehnt Schritt für Schritt verfolgt werden müsse, verperlen würde. Der Kampf um die Demokratie, d. h. die freie Verteilung aller Pflichten auf das gesamte Volk würde von der jetzigen Reichsregierung entschlossen durchgeführt. Trotz „freundlicher Empfinden in manchen Städten des deutschen Vaterlandes“ beherzigt der Reichskanzler das Gefühl, daß das deutsche Volk viel weiter sei, als die Schürer mancher Parteien es gern haben möchten. Das Verantwortungsgefühl und der gute Geist des deutschen Volkes seien bewiesen durch seinen Opferwillen, und der Reichstag habe nun von sich aus die Pflicht, guten Geist zu beweisen und durch entsprechende Massnahmen Agitationsanstrengungen, wie sie zu Hunderten auf den letzten Tagesordenungen erschienen seien, um das Volk zu machen, daß es Staat und Kredit des Reiches nicht den Händen zu werfen droht. Der Reichstag müsse sich eine freiwillige Selbstbeschränkung in der Agitation und in der in der letzten Zeit gezeigten parlamentarischen Art auferlegen. Die Reichsregierung arbeite weiter an den Grundlagen einer finanziellen Konsolidierung von Reich, Ländern und Gemeinden und betrachte es als ihre höchste und höchste Aufgabe, den Glauben an das Volk und den Einzelnen zu erhalten und zu erneuern. Den christlichen Gewerkschaften falle dabei mehr denn je die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß gewisse Fragen, zum Beispiel über Arbeitszeit von Gewerbe zu Gewerbe ein-

gehn und flüssig gelöst würden. Die Vorgänge bei den letzten Tarifverhandlungen müßten darauf hinweisen, daß einzelne Kreise von einer Verhängung und gemeinsamen Überlegung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nichts mehr erwarten wollten. Die neue Notverordnung sei deshalb wirklich notwendig gewesen. Wer glaube, ein Chaos nun herbeiführen zu können und eine Politik des Chaos mit nationalem Wankelmut betreiben zu können, der täusche sich, denn die Reichsregierung werde mit allen Mitteln das Verhindern und Unbeirrt den Weg des soliden Aufbaus weitergehen. Männer mit Verantwortungsgefühl aus allen Lagern müßten sich vereinigen und, weitgehend klar Ziele vor Augen, mutig und männlich das deutsche Volk aufwärts führen. Sein Glaube sei unumstößlich, daß das deutsche Volk genug geistige Kraft habe und daß es entschlossen und kraftvoll genug sein werde, Opfer zu bringen, um seine schwerste Stunde zu überleben.

Das Deutschland-Lied beschloß die Rede des Reichskanzlers.

Am Laufe des Nachmittags empfing er Vertreter der Ruhrbergarbeiter und der Erwerbslosen. Daraufhin fuhr er mit dem Abgeordneten Joos nach Düren, um dort in einer großen Versammlung der Zentrumspartei über die politische Lage zu sprechen.

Der Kanzler in Düren.

Düren, 25. Januar.

In seiner Rede vor den Dürener Zentrumswählern sagte Reichskanzler Dr. Brüning u. a.: Wir müssen das alles nachholen, was in den Jahren verstimmt wurde, da Parlamente und sachliche Körperlichkeiten dem Volke gegenüber nicht den Mut zur Wahrheit hatten. Es wäre besser gewesen, das deutsche Volk hätte die Reparationslasten eher gestiftet. Dann gäbe es keine Zugzwänge, Kämpfe und Bruchbauten, wie heute in verschiedenen Größen, die uns in den Augen des Auslandes viel leichter ertragen lassen, als wir tatsächlich sind. An der Überwindung unserer Zahlungsunfähigkeit sind wir deshalb zu einem Teil selbst schuld. Wir brauchen erstens eine Gesundung der Politik im Parlament selbst und zweitens eine feste Erziehung des Gesamtvolkes durch die Elite der Verantwortungsbeamteten. Es ist keine Demokratie mehr, wenn das Parlament sich vor jeder Entscheidung bückt. Wenn man glaubt, eine Regierung als unational bezeichnen zu können, weil ein katholischer Kanzler an ihrer Spitze steht, dann wird man in den westlichen Ländern wenig Respekt für die Unterdrückung der Diktatur empfinden. Gerade der Zusammenstoß aller Konfessionen ist im Augenblick für das Vaterland entscheidend. Wenn unsere Partei fest bleibt wie eine Gardegarde auf dem Vormarsch zum Wiederaufbau, dann kann mich nichts in der Welt in meinem Glauben an eine glücklichere und freiere Zukunft erschüttern.

Tagesfragen.

Die Verurteilung der polnischen Minderheitenpolitik.

Ob Jaleski, dem polnischen Außenminister, wenn er nach Warschau zurückkommt, ein ungnädiger Empfang bereitet wird, bleibt abzuwarten. Tatsächlich hatte er in Genf eine sehr able Angelegenheit zu vertreten. Die deutschen Anklagen wegen der Behandlung der Deutschen in Polen und insbesondere in Ostoberschlesien waren einfach nicht zu entkräften. Darum gab es für Jaleski nur ein Entweder — Oder: entweder sich den Feststellungen und Forderungen zu fügen, die in dem nach Verhandlungen mit beiden Seiten zustande gekommenen und mit diplomatischer Kunst formulierten Bericht des japanischen Yoshizawa enthalten sind, oder aber zu gewärtigen, daß der Völkerbundsrat eine Untersuchungskommission beschließen würde, die für jedes, und insbesondere für ein vom Nationalismus beherrschtes Land, zumal wenn es sich noch wie Polen als Großmacht fühlt, etwas außerordentlich Feinliches darstellt. Jaleski war sich natürlich darüber im Klaren, daß nichts anderes als eine Niederlage Polens das Ergebnis dieses Minderheitenstreites sein konnte. Darum konnten letzten Endes seine Anstrengungen nur der Form gelten, in der sie der Welt verbündet wurde. Auf der anderen Seite mußte die Aufmerksamkeit der deutschen Vertretung darauf gerichtet sein, daß die Feststellungen und Beschlüsse des Völkerbundsrates allen den Gesichtspunkten Rechnung trug, auf die das Deutsche Reich als der berufenen Schlichter der deutschen Minderheiten Gewicht zu legen hatte. Einem deutschen Nationalisten mag das von Curtius Erreichte noch nicht weit genug gehen. Aber das, worauf es ankommt, ist doch durch die Feststellung erreicht worden, daß in zahlreichen Fällen eine Verletzung der Genfer Konvention stattgefunden hat, daß die polnischen Behörden ihren Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten nicht nachgekommen sind, daß sie, mag der hoffentlich jetzt erledigte Wohnwagen Grazynski sich noch so dagegen sträuben, ihre Beziehungen zum Aufständischen Verband zu lösen haben, daß der Rat vor seiner nächsten Sitzung, die im Mai stattfinden wird, von der polnischen Regierung eine genaue Darstellung der Ergebnisse aller Gerichts- und Disziplinarverfahren zu erhalten wünscht, die sich mit den in der Petition des Deutschen Volksbundes aufgeführten Fällen befassen, und daß schließlich auch noch der Rat wissen will, welche Sanktions- und Entschädigungsmassnahmen Polen zugunsten der terrorisierten und geschädigten Deutschen trifft. Noch nie zuvor hat der Völkerbundsrat in einer Minderheitenfrage so deutliche Worte gefunden und so klare Erwartungen ausgesprochen. Und darin liegen auch Garantien für die Zukunft. Darum konnte sich der deutsche Reichsaußenminister mit diesem Bericht zufrieden geben. Für den polnischen Außenminister war das dagegen erheblich schwerer. Aber er war so klug, den Bericht mit allen seinen Folgerungen als das kleinere Übel einer Völkerbundsuntersuchung vorzuziehen. Mehr als jeht würde überdies aus dieser zugunsten des deutschen Standpunktes auch nicht herausgekommen sein. Das polnische System hat eine wirksame moralische Verurteilung gefunden, und außerdem wird im Mai die Welt noch den polnischen Rechenschaftsbericht erhalten, der ihr noch einmal vor Augen führen wird, in welcher verbrecherischer Weise unter den Augen und mit Hilfe der polnischen Behörden die Deutschen in Polen allen völkerrechtlichen Verträgen zum Vohn behandelt worden sind. Man hat keine Veranlassung, Dr. Curtius ob des in Genf Erreichten zu tadeln.

Neuer Appell von Kaas an Frankreich.

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei Prälat Dr. Kaas hat dem Vertreter des gemäßigten Flügelers Flamenblattes „De Standaard“ eine interessante Unterredung gewährt, bezüglich namentlich in dem Teil, der an seine viel bemerkte Kaffeler Rede anknüpft. Darin hatte Kaas bekanntlich Deutschland mit einem Samson verglichen, der wohl einmal in äußerster Verzweiflung die Tragfäule seines eigenen Gefangnisses zum Einsturz bringen könne. Er unterstrich jetzt in der

Ghandi freigelassen.

Delhi, 25. Januar.

Der Bizekönig hat die bedingungslose Freilassung Ghandis und der anderen Mitglieder des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses ausgesprochen. Gleichzeitig hat er die Achtung dieses Ausschusses als ungesetzliche Körperschaft aufgehoben.

Die Freilassung Ghandis ist eine unmittelbare Auswirkung des Abchlusses der Londoner Rundfunkkonferenz, der die englische Regierung zu einer Kursänderung in Indien veranlaßt hat. Ghandi wurde am 5. Mai vorigen Jahres als Führer im Kampf gegen das Salzmonopol, der den Aufstieg zum allgemeinen Freiheitskampf bilden sollte, verhaftet. Es bleibt abzuwarten, ob er an seiner Politik des passiven Widerstandes festhält oder an den kommenden Verhandlungen über die Neuordnung der Stellung Indiens innerhalb des britischen Reiches teilnimmt.

Unterhaltung mit dem flämischen Journalisten noch einmal das düstere Bild der Lage Deutschlands unter dem Druck der Wirtschaftskrise, der bald fünf Millionen Arbeitslosen, der Reparationszahlungen und dem Zwang der Finanzämter. Und dann antwortete er auf die Frage, worin er denn noch einen Ausweg in so düsteren Zuständen sehe:

„In einem Einsehen Europas. Ich möchte mich da in allererster Linie an die Adresse Frankreich wenden. Es ist Unfug, Deutschland anzugucken, daß es einen Frontalangriff auf den Verfall der Welt im Sinne habe. Wir fordern nur eine gezielte, gezielte Hilfe. Von entscheidender Wichtigkeit ist weiterhin die Regelung der Reparationen. Die neue Internationale Bank von Paris entwickelt sich zu B. in ihrer Gesamtheit nicht in dem kollaborativen Sinn, wie es ursprünglich gedacht war, es bleibt nur ein Verrechnungsinstitut für Zahlungen übrig. Dies ist nur ein Detail, doch ich könnte deren zahlreich anführen. Warum z. B. entzog das Ausland dem Deutschen Reich Kredit von Millionen, als es durch den Ausfall der Septemberwahlen nichts wurde? Mühte die Regierung nach mehr ersuchen? In Frankreich hat man sich durch meinen Vergleich mit der biblischen Samson-Tragödie getroffen gefühlt. Ich verliere jedoch Frankreich, daß die finanzielle Drohung sein sollte, sondern der Ausdruck einer Furcht, welche mich bedrückt. Aufstand spekuliert auf die Verleumdung Deutschlands, auf die Verleumdung der Welt, denn es weiß, daß der Kommunismus alsdann seine Erblichkeit nahe steht, auch in dem Maße, wo Laumetter die Etablierung des Nationalismus jertinnen läßt. Ich frage die früheren Minister: Was fürchtet ihr von uns? Der Vertrag von Locarno regelte die Verhältnisse im Westen. Es ist doch nicht möglich, daß ein Dorn im gegenseitigen Fleische zu sein. Nichts steht einer französisch-deutschen Annäherung im Wege. Lassen Sie mich nicht nervös werden, wenn wir unter hungernden Völkern die Lage der Dinge nicht in der Atmosphäre des Wohlstandes und der internationalen Hilfsleistung verknüpfen können, wie die Voraussetzungen z. B. in Genf bedingen.“

Damit hat Kaas erneut in eindringlichen Worten einen Appell an Frankreich gerichtet. Man hört dort sehr scharf auf jedes Wort, daß der Führer der Deutschen Zentrumspartei zu dem europäischen Problem sagt. Es wäre wahrhaftig an der Zeit, daß man nicht nur darauf höre, sondern ihm auch praktische Beachtung zu schenken sich geneigt zeigte. Denn, um mit Kaas zu sprechen, „es ist die höchste Zeit, um eine Friedenskonferenz aller Länder zusammenzurufen, nicht um Grenzverletzungen auf der Karte Europas vorzunehmen, sondern eine Wirtschaftsverständigung anzubahnen, um das Chaos unserer Tage zu bewältigen, das Chaos, in welchem China und Rußland verhungern, währenddessen man in Kanada das Getreide als Heizungsmitte verbraucht, weil es unerschwinglich ist und die Farmer kein Geld für Brennstoffe haben. Glaubt die Welt, daß eine kolonialistische Inflation von Deutschland auf dem rechten Rheinufer haltmachen wird? Daß die Verfechtung nicht über den Rheinstrom greifen wird? Glaubt man, daß Deutschland stillsteht liegt? Wir sind doch keine Insel, selbst wenn man nicht anerkennen will, daß wir geographisch das Herz Europas sind. Brandgefahr für Deutschland bedeutet Brandgefahr für Europa!“

Die politische Klausel im Kirchenvertrag

Ein Mitglied des evangelischen Kirchenrates hat in einer Versammlung des Luther-Rings in Berlin den bisher unbekannten Wortlaut der am meisten umstrittenen Bestimmung des über das Stadium des Entwurfes noch nicht hinausgekommenen Vertrages zwischen Preußen und den evangelischen Landeskirchen ausgearbeitet. Sie lautet folgendes:

Zum Vorbehalt einer hohen Kirchenbehörde, der Kirchenleitung oder einer höheren Kirchenverwaltungsbehörde sowie zum Inhaber eines kirchlichen Amtes, mit dem der Vertrag über die Anwartschaft auf den Vorbehalt einer Behörde verbunden ist, wird niemand ernannt werden, wenn dem nicht die zuständige kirchliche Stelle durch Anträge bei der preussischen Staatsregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen.

In der Verammlung des Luther-Rings sind wegen dieser sogenannten politischen Klausel sehr scharfe Worte gegen den Staat gefallen. Und doch enthält sie nichts anderes als das, was den Evangelischen ohne Unterschied der Partei als eine selbstverständliche Mindestforderung in einem Vertrag mit der katholischen Kirche hinsichtlich der Bischöfe gilt und dementsprechend sowohl in dem alten als auch im neuen Konkordat enthalten ist.

Weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.

Der preussische Wohlfahrtsminister hat eine Verordnung beschlossen, die eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft in Preußen vorstelt. Nach der Verordnung werden die bisherigen Bestimmungen dahin geändert, daß von der Wohnungszwangswirtschaft Wohnungen mit den folgenden Jahresmietpreisen freigegeben werden: 3000 Mark und mehr in Berlin, 2400 Mark und mehr in den übrigen Orten der Sonderklasse; für die Ortsklasse A mit 1800 Mark festgesetzt auf 1800 Mark, für Ortsklasse B auf 1500 Mark, für Ortsklasse C auf 800 Mark und für Ortsklasse D auf 500 Mark. Die gewerblichen Räume werden bei diesen Wohnungen vom Wohnungsmangelgesetz nicht erfaßt. Aufrechterhalten bleibt lediglich der Paragraph 8 dieses Gesetzes, der das Aufrecht des Mieters vorstelt und der bestimmt, daß das mangelnde Einverständnis des Vermieters bei einem Tausch durch die Zustimmung der Behörde ersetzt werden kann. Im übrigen soll beim Tausch die Genehmigung der beteiligten Gemeindebehörde nicht mehr erforderlich sein. Bei Wohnungen mit einer Jahresmietpreisen von 1800 bis 3000 Mark in Berlin und 1400 bis 2400 Mark in den übrigen Orten der Sonderklasse mit 1000 bis 1800 Mark für Ortsklasse A, mit 700 bis 1000 Mark für Ortsklasse B, mit 500 bis 800 Mark für Ortsklasse C und mit 300 bis 500 Mark für Ortsklasse D wird die Zwangswirtschaft gleichfalls aufgehoben. Hier ist jedoch eine Umwandlung in Gewerbe- und Industriezwecke in Kraft treten, sie wird alsbald in der preussischen Gesetzgebung veröffentlicht werden.

Statt des Oberbürgermeisters ein Direktorium für Berlin?

Wie die Telegraphen-Union von zukünftiger Stelle erfährt, sind die Verhandlungen über die Neuordnung der Verwaltung Groß-Berlins, die am kommenden Montag den Gemeindevorstand des preussischen Landtages beschäftigen wird, zu einem Abschluß gelangt. Die Pläne des preussischen Innenministeriums, die Innenminister

Ablehnung der Kabinettsbildung durch Briand.

Senator Laval übernimmt den Auftrag.

× Paris, 24. Januar.

Der Präsident der Republik Doumergue hatte heute nach Beendigung seiner Besprechungen mit den Parlamentariern Außenminister Briand durch Vermittlung des auswärtigen Amtes ein Telegramm nach Genf überandt, in dem er ihm die Kabinettsbildung anbot.

Das Antworttelegramm Briands, in dem er die Kabinettsbildung ablehnte, lautet: „Das Vertrauen, das Sie mir bewiesen, ist sehr schmeichelhaft für mich, und ich bin besonders empfänglich für die freundschaftlichen Worte, mit denen Sie es mir ausgedrückt haben. Ich würde erfreut sein, Sie rechtzertigen zu können, indem ich die hohe Mission annehme, die Sie mir vorlag. Leider ist mir das unmöglich. Ich glaube im gegenwärtigen Augenblick nicht, die schwere Aufgabe übernehmen zu können, die auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs zusammen mit dem Vorbehalt im Kabinetts zu leiten und die Pflichten, die dieser Vorbehalt Ihnen zu legen, daß Ihnen und der Sache des öffentlichen Wohls meine ganze Energie gewidmet ist, und daß Sie auf die volle moralische Unterstützung rechnen können, die ich Ihnen unter den gegenwärtigen Umständen zu gewähren imstande bin.“

Der Präsident Doumergue setzte sich darauf noch einmal telefonisch mit Briand in Verbindung und bat ihn im Laufe dieser Unterhaltung dringend, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen. Briand wiederholte aber seine telegraphische Mitteilung und erklärte, daß er die Gründe, die diesen Entschluß veranlaßt haben.

Sowas im Gemeindegemeinschaft darlegen wird, gehen dahin, daß anstelle des Oberbürgermeisters ein Kollegium von sechs Bürgermeistern mit einem Oberbürgermeister an der Spitze die Verwaltung der Reichshauptstadt durchführen soll. Dem Kollegium zur Seite soll, wie es schon in dem Regierungsentwurf vorgesehen war, ein Stadtelementarordnenamt, bestehend aus 34 von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Männern, stehen. Diese Körperschaft soll Befehle fassen können, die dann im Verein mit dem Kollegium Gesetzeskraft erlangen können. Die vorerwähnte Stadtelementarordnenversammlung wird nach geltendem Recht die Bezirksverwaltungen werden aufgelöst. An ihre Stelle sollen Auslässe treten, deren Rechte noch nicht bestimmt sind. Die Gesamtdirektion für die Verwaltung der Stadt Berlin über den Gemeindevorstand hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit den Plänen des Innenministeriums einverstanden erklärt. Es hängt jetzt nur noch vom Gemeindevorstand des preussischen Landtages ab, ob diese Pläne Wirklichkeit werden.

Wiedereinführung der Danziger Einwohnerwehr.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat die Wiedereinführung der Danziger Einwohnerwehr beschlossen, die seinerzeit auf Betreiben der Sozialdemokraten aufgehoben worden ist. Allerdings wird sie jetzt anders gestaltet sein. Sie ist gedacht als Hilfsgruppe zur Unterstützung der Polizei in besonderen ersten Tagen und soll vor allem Verwendung finden zum Schutz der öffentlichen Gebäude und Betriebe. Es soll höchstens etwa 700 Mitglieder haben und in erster Linie aus ehemaligen Angehörigen der Schutz bestehen. Größere Entlohnungen durch die Wiedereinführung der Einwohnerwehr dem Staat nicht.

Bestätigung des Termines für die Abrüstungskonferenz.

Der Völkerbundsrat hat heute vormittag die Vereinbarungen, die gestern in der Geheimkonferenz für die kommende Abrüstungskonferenz getroffen wurden, bestätigt und beschlossen, die Abrüstungskonferenz am 2. Februar 1932 einzuberufen. Der Rat nahm Reichsaussenminister Dr. Curtius in einer kurzen Erklärung auf die grundsätzlichen Ausführungen Bezug, die er vor einigen Tagen im Völkerbundsrat gemacht hat und betonte, daß der vorliegende Konventionentwurf für die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen, den der vorbereitende Abrüstungsausschuss ausgearbeitet hat, keine rechtliche Verpflichtung darstellt und daß die deutsche Regierung ihn ja auch abgelehnt habe. Der deutsche Außenminister wies weiter darauf hin, daß die Frage des Systems der Abrüstung nach Auffassung der deutschen Regierung vollkommen offen sei. Es sei falsch, anzunehmen, daß die Abrüstungskonferenz lediglich die Aufgabe habe, Ziffern festzulegen.

Unterredungen des Reichsaussenministers mit Briand und Grandi.

Reichsaussenminister Dr. Curtius empfing heute früh den französischen Außenminister Briand. Mittags lud er den italienischen Außenminister Grandi zu den deutschen Delegationsführer auf. Mit beiden Herren hatte der Reichsaussenminister eine längere Unterredung.

Vernehmung des Leutnants Jost nachgesucht.

Durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Paris ist dieser Tage die französische Regierung ersucht worden, die Vernehmung des Leutnants Jost durch ein deutsches Gericht im Falle seiner Freilassung zu erteilen.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Spanien.

Der Ministerrat hat gestern Abend in Unbetracht der im ganzen Lande herrschenden Ruhe beschlossen, den Belagerungszustand aufzuheben außer in der Provinz Madrid und Guadalupe, wo der Krieg gegen die Teilnehmer der letzten revolutionären Bewegung im Gange ist. Die Junta ist gleichzeitig mit der Aufhebung des Belagerungszustandes den Provinzialbehörden übertragen worden, und die Regierung ist die Pflicht haben, auch die Junta in ein oder zwei Tagen aufzuheben.

Eine merkwürdige Pädagogin.

Leutoplatz als Erziehungsmittel.

Mehrere Landtagsabgeordnete brachten in einer kleinen Anfrage folgenden unheimlichen Vorfall zur Sprache. Vor einiger Zeit erschien in der 7. Schulklasse der Volksschule in Oberkärnten, Kreis Graßbach Schamberg, die neunjährige Schülerin dieser Anstalt, die sich selbst, die von ihrer Stiefmutter erzogen wird, mit einem Leutoplatz verkleidete. Die Schülerin sollte diese Maßnahme eine Strafe für die Ungehorsamkeit des aufgewachten Kindes sein, das zu Hause in einer der unheimlichen Umgebungen herumwacht. Statt daß die Lehrerin in diesem Falle eine Strafe erteilt, hat sie die Schülerin in der Klasse aus der Klasse entfernt, sie hat sie aus der Klasse entfernt und als neue feste. Das Kind weinte bitterlich und schrie laut und blau an. In diesem Zustand mußte es Stundenlang bis zum Schluß der Stunde. Wie die Anwesenden weiter ausführten, ist die Lehrerin dafür bekannt, daß sie von der Prügelstrafe nicht selten Gebrauch macht. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, gegen die Lehrerin in der Klasse eine Disziplinarstrafe vorzunehmen. Die Amtliche Preussische Landesregierung auf Grund der Antwort des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mittelst ist die Lehrerin durch die Regierung disziplinarisch bestraft worden.

Drei Monate Festungshaft wegen Bestimmungsmensuren.

Wegen eines Komplexes mit tödlichen Waffen hatten sich heute vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zwei Studenten zu verantworten. Die beiden Angeklagten waren gefesselt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund der Reichsgerichtsentscheidung die Verurteilung zu drei Monaten Festungshaft. Das Schöffengericht schloß sich der Entscheidung des Reichsgerichts an und verurteilte die Angeklagten entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts zu der in der Befehlsbefehls von drei Monaten Festungshaft mit Bewährungsfrist.

Drei Stapelläufe in Wilhelmshaven.

Am heutigen Sonntagmittag liefen im Rahmen einer kurzen militärischen Feier drei neue Fahrzeuge der Reichsmarine vom Stapel, und zwar das neue Artillerieaufboot, das durch den Vizemirall a. D. Brenzel auf den Namen „Brenze“ getauft wurde, und zwei Fischereischuttsboote, die die Namen „Elbe“ und „Weiser“ erhielten.

Mord an einem Berliner Droschkenbesther.

Das dritte Kapitalverbrechen in einer Woche ist gestern an dem Kraftfahrzeugbesther Fritz Böck aus der Fregestraße in Steglitz begangen worden. Böck ist nach den bisherigen Ermittlungen von unbekannten Tätern erschossen worden und dann mit einem Auto in den Kanal in der Fregestraße in den Kanal geschoben worden. Der Droschkenbesther wurde von dem Auto aus dem Kanal gezogen und den heute früh von dem Sanitätswortern dort liegen lassen, wo er heute früh von dem Sanitätswortern eines Grundstücks entdeckt wurde. Bisher ist nicht ermittelt worden. In den Taschen des Toten fand man noch 48 Mark bares Geld und einen Wechsel mit seinem Namen, durch den die Identität mit dem verschwundenen Führer des herrenlosen Autos festgestellt werden konnte.

Selbsttötung des Neuköllner Mörders.

Am 20. Januar d. Js. wurde bekanntlich in Berlin-Neukölln im Büro der Mercedes-Palast-Schiffwerke der 40-jährige Geschäftsführer Ernst Schmöller erschossen. Der Täter erbeutete einen größeren Geldbetrag. Am Sonntag vormittag stellte sich in Hamburg bei der Kriminalpolizei der 30-jährige Meister Hermann Erwin Franz König, geboren in Charlottenburg, mit den Worten: „Ich habe mich freiwillig töten lassen.“ König hatte nach seinem Geständnis die Raubgelegenheit Tage vorher sorgsam ausgetastet und

festgestellt, daß der Geschäftsführer die Einnahmen nachts im Büro ausrechnen pflegte. Die Waffe kaufte sich König in Berlin, schlich sich dann am Abend in das Büro ein und rief dem Geschäftsführer zu: „Hände hoch! Geld her!“ Der Geschäftsführer soll vor Schreck gelähmt dagestanden haben, und nun behauptet König, daß sich, als er das Geld zusammenraffte, plötzlich ein Schuß und Schuß löste. König will sich dann den Rest der Nacht in Berlin umhergetrieben haben und am nächsten Tage bereits nach Hamburg gefahren sein. Auf der Fahrt will er den Revolver von sich geworfen haben. In Hamburg niederlicher weißer Gesellschaft. König hatte bei seiner Selbsttötung noch ganze 3 W. bei sich. König, der die Volkschule in Berlin besuchte, will nach seinen Angaben als Kaufmann, später auf dem Lande als Melker und zuletzt als Bauarbeiter wieder in Berlin gearbeitet haben. Seit Anfang Januar will er wieder arbeitslos gewesen sein. König, der einen völlig niedergedrohten Eindruck macht, wird dem Gericht in Hamburg zugeführt.

Einer, der noch heute an den Goldmacher glaubt.

Der heute, wie bereits gemeldet, im Prozeß Tausend vernommene Zeuge Schwaiger kam im weiteren Verlauf seiner Vernehmung auf den Fall Meinholtz zu sprechen und betonte, daß im August 1928, als Tausend erhaltenen Goldgutscheine auf Aufnahme in den Verein gestellt hatte, Meinholtz sofort darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß durch die Goldgutscheine für den Verein keine Verpflichtungen entstanden seien. Später hat dann ein Vertrag zwischen Meinholtz und Tausend abgeschlossen worden, und von dieser Zeit an sei die Angelegenheit nicht mehr Sache des Vereins gewesen.

Der Zeuge besprach dann ausführlich die einzelnen Teile in Unwesenheit, teils in Unwesenheit Tausends vorgenommenen Versuche, bei denen stets ein günstiges Ergebnis erzielt wurde. Der merkwürdigste Versuch sei am 16. Juni 1928 vorgenommen worden, wobei aus 750 Gramm vorverarbeitetem Material, das 723 Gramm herausgelassen wurde. Der Schmelzprozeß sei in einem Tiegel vorgenommen worden, der nur 750 Gramm Material fähig. Mit diesem Material sei Tausend auch nicht in Verbindung gekommen, auch nicht indirekt, da es in einem Tiegel aufbewahrt gewesen sei. Eine dort untergehaltene Kassette mit Goldstaub sei verschlossen gewesen. Dieser verschlossene Tiegel sei von ihm selbst vorgenommen worden. Bei einer Probe, die vor Beendigung des Experiments aus dem Tiegel genommen wurde, sei das Verhältnis zwischen Gold und Silber 1:1 gewesen. Nach Beendigung des Prozesses habe sich fast keine Spur von Blei mehr vorgefunden. Es sei ungewiß, ob hier eine Umwandlung von Material vorgenommen sei.

Der Zeuge nimmt sodann gegen die Gutachten der Sachverständigen über die ihnen vorgeführten Versuche Stellung und behauptet von ihnen angewandten Methoden. Auch Professor N. N. N. habe sich nach den ihm vorgeführten Experimenten in dem Sinne ausgesprochen, daß es schade sei, die Versuche in diesem Stadium abzubrechen. Seine jegliche Stellungnahme widerspreche in mancher Beziehung den von ihm gemachten Behauptungen bei der Voruntersuchung. Der Zeuge erklärt dies damit, daß er durch das Atteststudium erkannt habe, daß er Tausend unrecht getan habe. Dieser habe allerdings in mancher Beziehung unverfälschtes Verhalten gezeigt, oft nicht gearbeitet, ein leichtfertiges Leben geführt und gebummelt, vielleicht unter dem Einfluß seiner Frau. Es sei sehr bedauerlich, eine solche hier in Verbindung zu bringen. Tausend habe gewisse Eigenschaften des ersten Buchstaben eines neuen Alphabets in der Hand, während er sich über die wissenschaftlichen Grundlagen und die technischen Voraussetzungen nicht recht klar geworden sei. Er habe immer gehofft, mit großen Erfolgen aufwarten zu können, während dazu die notwendigen maschinellen Einrichtungen nicht vorhanden gewesen seien.

Frauenmord in München.

München, 24. Jan. Die 55 Jahre alte Ehegattin und Gastwirtin Karoline Karoline Karoline wurde heute nacht in ihrer im Erdgeschoss eines Hauses der Gravelle-Strasse gelegenen Wohnung tot aufgefunden. Da eine Nachbarin kurz vor der Auffindung der Leiche die Frau aus der Wohnung gehört hat, lag von vornherein Grund zu der Annahme vor, daß Frau Karoline ermordet worden sei. Weitere Verletzungen wies die Tote allerdings nicht auf. Nach den polizeilichen Feststellungen ist die Frau vom Täter erschossen worden. Man fand sie in ihrem Schlafzimmer teilweise angezogen und bis zum Hals mit dem Oberkörper teilweise angezogen. Der Mörder hat die Leiche in der Wohnung ermordet. Als Täter kommt ein junger Mann in Frage, der eilfertig das Haus verließ und darauf, als ein heimkehrender Hausbesitzer ahnungslos das Haus ausließ.

Sechs Tote bei einem Autobusunglück bei Bromberg.

Ein schweres Autobusunglück ereignete sich heute früh gegen 8 Uhr in Bromberg. Der Autobus war mit einer Gesellschaft von 16 Personen besetzt, die von einer Unterhaltung in einem Vorort Brombergs zurückkehrte. Der Autobus fuhr eine abschüssige Straße, die auf die Straße zuführt, hinunter und konnte infolge Gebälke vom Chauffeur nicht zum Halten gebracht werden. Der Kraftwagen stürzte in den Fluß. Sechs Passagiere fanden den Tod und vier wurden schwer verletzt in das Bromberger Krankenhaus eingeliefert.

Probeflug des Do X.

Do X flog heute nachmittags um 1 Uhr unter Führung des Kapitän Christensen zu einem Probeflug auf. Er überflog den Tejo und die Stadt bis um 3 Uhr 30 nachmittags und ging dann auf der Höhe von Alfama wieder auf das Wasser nieder. Der Probeflug war in jeder Hinsicht zufriedenstellend. Do X wird in der nächsten Woche Alfama verlassen.

Flecktyphus in Rumänien.

Aus Jassy werden achtzehn Flecktyphus-Infektionen gemeldet, von denen fünf tödlich verlaufen sind. Es wurde festgestellt, daß die Infektion auf verunreinigtem Wasser der Leitung zurückzuführen ist. Es darf daher in allen öffentlichen Lokalen nur destilliertes Wasser verabreicht werden. Die Gesundheitsbehörde hat durch Plakate die Bevölkerung auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Eine Schule wurde in ein Epidemiehospital umgewandelt, in das sämtliche typhusverdächtige Kranke eingeliefert werden.

Die Zeitungen
Unreife.
Richtungen
Feststellung
stische Pre
tungs
nationalist
fen wird.
sichigen Wen
empfehlen, n
nationalsozia
Wochen lang
eherlichkeit
schen Journal
sozialistisc
geringste Dem
nationalsozia
Gegner herun
Befreiheit au
mäßig erschei
„Westdeutsc
der national
Robert Ley i
fetten Schlag
lens Sieg in
Bormberger
Überfließen
mehr zu ern
sche Forderung
Das find, wo
einer Meldung
falschlicherwe
schon durchau
Stand der Din
spricht und au